

Wiederherstellung der ...  
I. ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Wiederherstellung der ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Die über die ...  
...

Zur gefälligen Beachtung  
Die geehrten Herren Kollegen werden behufs rechtzeitiger Erneu-  
erung der ihnen zukommenden Straßenbahnfahrkarte für das Jahr  
1911 gebeten, bis längstens 15. Dezember eine Fotografie und  
die Stempelgebühr von 5 Kronen bei der Adhaukorrespondenz  
deponieren zu wollen.  
31. Dezember 1910  
Adhaukorrespondenz

13./XII. 1910

539

VB. H O S S erstattet den Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde für das Jahr 1911.

Kr führt aus:

Meine sehrgeehrten Herren!

Ich habe heuer zum ersten Male die Ehre, dem geehrten Gemeinderate den Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien zu erstatten. Die neue Aufgabe ist für mich insofern keine leichte gewesen, als es zum ersten Male seit einer langen Reihe von Jahren von vorneherein feststand, daß die Bilanzierung des Hauptvoranschlages der Gemeinde Wien für das Jahr 1911 auf Schwierigkeiten stoßen werde. Mit Ende dieses Jahres ist die II. K. F. J. Hochquellenleitung im Wesentlichen fertiggestellt und in Betrieb gesetzt. Vom nächsten Jahre an werden die Annuitäten der in diesem Großen Werke investierten Anlehensgelder die Gebahrung der Gemeinde mit einem Betrage von nahezu 4.3 Mill. Kronen belasten und werden die bisherigen Betriebskosten eine entsprechende Steigerung erfahren.

Während im Vorjahre es noch möglich war, als Einnahmen anlässlich des Baues der Wasserleitung über 2.8 Mill. Kronen Bauzinsen zu veranschlagen, konnten mit Rücksicht auf die Vollendung des Werkes für das Jahr 1911 solche Bauzinsen überhaupt nicht mehr in Aussicht genommen werden. Die Einnahmen aus dem Betriebe der Wasserleitung konnten, da der Wasserverbrauch naturgemäß nur allmählich steigt, nur mit einem weitaus geringeren Betrage in Rechnung gestellt werden und es war somit auf der Einnahmeseite mit einem sehr beträchtlichen Ausfalle zu rechnen.

Andererseits standen aber sehr bedeutende neue Mehrausgaben zu gewärtigen. Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Lehrpersonen war seinerzeit schon mit einem Kostenerfordernisse von 2.3 Mill. Kronen veranschlagt; dazu kam noch der Zuschuß zur Lehrpensionskasse, der gering gerechnet mit 1.06 Mill. Kronen beziffert werden mußte, als Gegenpost konnten in den Einnahmen die Erhöhung der kommunalen Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten und die Erhöhung der Verlassenschaftsgebühren zum Versorgungsfonde nur mit 2.35 Mill. Kronen angenommen werden. Als weitere neue Ausgabe post mußten die Annuitäten für den im Jahre 1910 begebenen Anlehensbetrag von 50 Mill. Kronen veranschlagt werden. Berücksichtigt man außerdem die erfahrungsgemäß von Jahr zu Jahr eintretende namhafte normale Steigerung des Erfordernisses für die Verwaltung im Allgemeinen - infolge der Zeitbeförderung und der Verkürzung der Dienstzeit - für das Armenwesen und das Unterrichts-wesen, so war es voraussichtlich, daß auch bei Annahme einer günstigen Entwicklung der ordentlichen Einnahmen unter Beibehaltung der bisherigen Umlagensätze das Auslangen nicht gefunden werden könne. Es mußte daher, um eine Mehrbelastung der Bevöl-

kerung nach Möglichkeit zu vermeiden, bei der Budgetierung darnach getrachtet werden, das durch die bisherigen Einnahmen nicht zu deckende Erfordernis auf das geringste Maß herabzumindern.

Als Deckungsmittel für den unvermeidlichen Abgang, wenn nicht eine weitere bedeutende Herabsetzung der Ausgaben stattfinden soll, wurde aber eine entsprechende Neuregelung der Wassergebühren in Aussicht genommen, weil es billig erschien, daß jener Verwaltungszweig, durch den die Störung im Gleichgewichte des Gemeindehaushaltes bewirkt wurde, auch zur Wiederherstellung dieses Gleichgewichtes soweit als nötig herangezogen werde. Der geehrte Gemeinderat hat die von mir soeben angeführten Gründe durch die Annahme der Anträge für die Neuregelung der Wassergebühren anerkannt und ich habe nur noch den Wunsch auszusprechen, daß die vom hohen Landtage genehmigte Gesetzesvorlage ehestens die Allerhöchste Sanktion erhalte, damit die für das Jahr 1911 in Aussicht genommene Mehreinnahme auch wirklich in voller Höhe eintreten könne.

Tatsächlich ist es nun gelungen, den durch die bisherigen Einnahmen nicht bedeckten Abgang trotz der sehr bedeutenden Ausgabenerhöhung auf 1,960.000 K. herabzudrücken. Dieser Abgang soll seine Deckung in den Mehreinnahmen der bereits besprochenen Neuregelung der Wassergebühren bestimmt finden, die Wassergebühr-Neuregelung ist nur als ein Provisorium gedacht, um den derzeitigen Mißverhältnissen zwischen den Ausgaben für die Trinkwasserversorgung und den Einnahmen aus ihr teilweise abzuwehren; sie soll durch eine definitive, den allgemeinen Interessen noch mehr entsprechende Regelung ersetzt werden, sobald die durch die neue Wasserleitung erst e r m ö g l i c h t e Steigerung des Wasserverbrauches und die aller Wahrscheinlichkeit nach in naher Zukunft zu erhoffende Besserung der finanziellen Lage der Gemeinde Wien es statthaft erscheinen läßt. Eine solche Besserung verspricht in erster Linie die im Jahre 1912 erfolgende Betriebseröffnung des neuen städtischen Gaswerkes ferner die in den Jahren 1913 und 1914 vollzogene Tilgung des 25 und des 10 Millionen Guldenanlehens, durch welche eine jährliche Annuität von 4 Mill. K. entfallen wird; endlich die kaum mehr allzulange verschobene Sanierung der Landesfinanzen durch Ueberweisungen aus Staatsmitteln, welche voraussichtlich auch der Gemeinde Wien mit einem nicht unerheblichen Betrage zu gute kommen wird. Vielleicht ist es auch möglich, den für die Gemeinde höchst empfindlichen Verlust aus dem Stellwagenbetrieb in Kürze zu beseitigen oder wenigstens namhaft herabzusetzen; außerdem dürfte auch die bauliche Ausgestaltung des Kobenzl im Laufe dieses Jahres endlich ihren Abschluß finden.

Im Allgemeinen muß daher mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die finanzielle Lage der Gemeinde Wien, wenn sie auch augenblicklich durch die Eröffnung einer kostspieligen und für die Volkshygiene zwar sehr nützlichen, vorläufig aber noch nicht entsprechend ertragreichen Wasserleitung einigermaßen ersichert ist, durch keineswegs eine ungünstige genannt werden kann.

Die Gemeindeforschläge und -umlagen sind, dank der im letzten Jahrzehnte eingeschlagenen Politik der Kommunalisierung von Monopolbetrieben etc. im Vergleiche zu anderen großen Städten und in Berücksichtigung der enormen Lasten, die der Gemeinde durch die staatliche Gesetzgebung und durch die Vergrößerung ihres Verwaltungsgebietes und ihrer Verwaltungsaufgaben in den letzten Jahren aufgebürdet worden sind, noch immer als mäßig zu bezeichnen, und auch die Aussichten in die nächste Zukunft nicht besorgniserregend.

Sparsamkeit in allen nicht unbedingt notwendigen Ausgaben wird allerdings am Platze sein, sie wird aber umso leichter möglich sein, als die Gemeinde Wien in den letzten Jahren die Rückständigkeits, die ihr in früheren Zeiten auf manchen Gebieten zum Vorwurf gemacht werden konnten, durch eine allseitig anerkannte energische Verwaltungstätigkeit überwunden hat.

Nach dem Voranschlage beziffert sich das Gesamterfordernis der Gemeinde für das Jahr 1911 auf rund 220,000.000 K um 500.000 K weniger als im Vorjahre, wovon auf die ordentliche Gebahrung 149.3 Millionen K (im Vorjahre 140 Millionen K, auf die außerordentliche Gebahrung 70,770.000 K (im Vorjahre 80.6 Millionen Kronen) entfallen.

Zur Deckung dieses Erfordernisses konnten die kurrenten eigenen Einnahmen mit 88.5 Mill. Kronen (im Vorjahre 85.25 Mill. Kronen), die Einnahmen aus den Gemeindeumlagen nach den bisherigen Ansätzen mit Ausnahme der erhöhten Spiritsteuer mit 66.25 Mill. Kronen (im Vorjahre 65.28 Mill. Kronen), die außerordentlichen eigenen Einnahmen mit 2.47 Mill. K (im Vorjahre 2.25 Mill. K), die Einnahmen aus Anlehensgeldern mit 55.5 Mill. K, (im Vorjahre mit 58.2 Mill. K), aus den Abschreibungsgegenwerten der städtischen Unternehmungen mit 5.16 Mill. K. (im Vorjahre 11.25 Mill. K), endlich die Einnahmen aus den von der Verkehrsanlagenkommission der Gemeinde zur Verfügung gestellten, im Kasarestanthaltenen Geldern mit 110.000 K (wie im Vorjahre) veranschlagt werden. Sonach ergibt sich ein durch die genannten Einnahmen nicht bedeckter Betrag von 1,960.000 K, welcher durch die neue Wasserabgabengebühr, die für das Jahr 1911, vor dem 1. Jänner 1911, eine Einnahme von 2 Mill. K ergeben, seine Deckung finden soll. Wenn jedoch die allerhöchste Sanktion nicht rechtzeitig herabkommt, ist obiger Abgang vorläufig auf die Kassebestände zu

verweisen.

Was nun die einzelnen Verwaltungsgruppen betrifft, so ist zunächst bezüglich der ordentlichen Gebahrung folgendes zu bemerken:

In der Gruppe I. (Verwaltung im Allgemeinen) konnten die Einnahmen mit rund einer Million K wie im Vorjahre veranschlagt werden; dagegen mußten die Ausgaben mit 15.1 Mill. K, um 400.000 K höher als im Vorjahre angesetzt werden, wovon auf die Steigerung der Aktivitätsbezüge und Sachverordnungen (davon 103.500 K für bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathause) je 150.000 K, auf Ruhebezüge 100.000 K entfallen.

Als sehr erwünschter Fortschritt darf bezeichnet werden, daß der Verwaltungsbericht für 1910, im Jahre 1911, unmittelbar nach dem Erscheinen des Hauptrechnungsabschlusses des abgelaufenen Verwaltungsjahres herausgegeben werden wird.

Durch die Abänderung des § 22 der Pensionsvorschrift, womit die Krankheits- und Leichenkostenbeiträge auch für die im Ruhestande verstorbenen städtischen Beamten und Diener ausgefolgt werden, ergibt sich eine Mehrausgabe von rund 10.000 K. Eine bedeutende Ausgabenpost (296.100 K), ergeben die Auslagen für Kranken- und Unfallfürsorge für städtische Arbeiter (Bedienstete), welche sich auf alle nicht definitiven Arbeiter (Bedienstete) erstreckt.

In der Gruppe II. (Steuerwesen) werden die Einnahmen, falls die Bedeckungsanträge bezüglich der Umlagen genehmigt werden, rund 60 Mill. K (+ 3 Mill. K gegenüber dem Vorjahre) betragen. Von dieser Steigerung entfallen auf die Mietsinsumlage 650.000 K, auf die Erwerbsteuerzuschläge (I. und II. Klasse und Unternehmungen) 50.000 K, auf die Gebäudesteuerzuschläge 480.000 K, auf die Zuschläge zur Renten- und Besoldungssteuer je 30.000 K, auf die Verzehrungssteuerzuschläge 170.000 K, auf die erhöhte Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten 1.1 Mill. K, auf den Zuschlag zur Vermögensübertragungsgebühr und zum Gebührenäquivalent 40.000 K, auf die Hundsteuer 20.000 K, auf den Anteil an der staatlichen Verzehrungssteuer 150.000 K, auf den Anteil an den Ueberweisungen aus den Ueberschüssen der Personalsteuern 640.000 K; geringer als im Vorjahre wurde veranschlagt die Gemeindebierumlage im 21. Bezirke und Kaiser mühlen um 25.000 K, welche vom 1. I. 1910 bis 31. XII. 1919 mit 2 K für das Hektoliter gesetzlich bestimmt ist (Aenderung der Einhebungsmethode), der Anteil an den Ueberweisungen aus der staatlichen Branntweinsteuer um 27.000 K und der Anteil am Ertrage der Landesbierumlage um 70.000 K. Die Auslagen für das Steuerwesen wurden mit 1,950.000 K, um 40.000 K höher als im Vorjahre angenommen, was durch das Mehrerfordernis für Bezüge der Beamten des städtischen Steueramtes

und die Mitwirkung der Gemeinde bei Veranlagung der Erwerbs und Personaleinkommensteuer, insbesondere Wahl der Kommissionen etc, zusammen 63.000 K, und der Minder~~er~~ausgabe von rund 20.000 K bei den Beträgen des Personales des städtischen Steuerexekutionsamtes und einigen kleineren Posten seine Begründung findet.

Aus der Gruppe III. (Gemeindevermögen) ersuchen wir, daß die Einnahmen aus dem unbeweglichen Vermögen der Gemeinde mit 8.9 Mill. K, um 450.000 K höher als im Vorjahre angesetzt sind; die Erhöhungen betrifft hauptsächlich durchgeführte Mietzinse für Amts- und Schölgelände (zusammen 420.000 K). Für Erlöse aus Grund- und Realitätenverkauf sind Mehreinnahmen gegen 1910 vorgesehen, dagegen ist der Anteil an dem Gewinne des Kasernentransaktionskonsortiums vom Jahre 1901 als restlicher Gewinnanteil mit 127.000 K (-223.000 K gegen das Vorjahr) angenommen; aus dem neuen Konsortium für Kasernen-Grund- und Baubaustransaktionen vom Jahre 1908 ist ein Gewinnanteil für 1911 noch nicht zu gewärtigen.

Für Schulbauten ist ein Betrag von 4.9 Mill. K vorgesehen und davon entfällt auf Restzahlungen und zweite Baureihen ein Betrag von 2.6 Mill. K, daher für Neubauten und Grunderwerbungen 2.3 Mill. K. Es ist auch im Jahre 1911 ein entsprechender Betrag für Kindergärten, u. a. für Restzahlungen und für einen Neubau im XVI. Bezirk präliminiert. Die Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen der Gemeinde sind mit 440.000 K, die Einnahmen ~~aus~~ nutzbareren Rechten mit 1.540.000 K wie im Jahre 1910 angenommen.

Dagegen sind die Abfahrten aus den städtischen Unternehmungen mit 14.3 Mill. K, um 1.650.000 K höher als im Vorjahre veranschlagt, u. z.

die Abfuhr der städt. Gaswerke mit	4.150.000 K (+150.000 K)
die Abfuhr der städt. Elektrizitätsw.	7.050.000 K (+550.000 K)
die Abfuhr der städt. Straßenbahnen	3.000.000 K (+1 Million K)
die Abfuhr der städt. Leichenbestattung	84.000 K (-50.000 K)

Vom städtischen Brauhause wird auch im Jahre 1911 ein Reinertrags im Sinne des mit den Genossenschaftlern geschlossenen Uebereinkommens nicht zu erwarten sein, es werden nur die Investitionen teilweise verzinst werden und wird der Abgang durch Mehrleistung an Steuern hervorgerufen. Im Spezialvoranschlage des Brauhauses ist der Abgang für das Jahr ~~1911~~ 1911 mit rund 23.000 K beziffert, um welchen sich der bisherige Betriebsverlust des Brauhauses, der bis Ende 1908 rund 1.280.000 K betragen hatte, erhöhen wird. Bemerkenswert muß noch werden, daß das Brauhause mit Rücksicht auf das günstigere Gebahrungsergebnis aus der Minimalsteuer kommt und mit der ordentlichen Erwerbssteuer belastet wird. Daraus ist zu ersehen, daß es selbst bei fortschreitender Besserung und ehesten Erreichung eines Reiner-

gewinnes mit Rücksicht darauf, daß doch zuerst die Betriebsabgänge gedeckt werden müssen, noch ziemlich lange dauern wird, bis auf eine Abfuhr an die eigenen Gelder zu denken ist. Der ausgewiesene Abgang kommt zwar nicht in der laufenden Gebahrung, sondern im Inventar als Passivum zum Ausdruck. Wenn man jedoch bedenkt, ~~daß~~ welcher wichtiger Faktor die Brauerei in den Händen der Gemeinde gegenüber den privaten Brauereien bildet, weil durch dieselbe <sup>die</sup> nicht immer gerechtfertigte Steigerung ~~der~~ doch zumindest teilweise hintangehalten wird, so bietet dies schon einen besonderen Wert für die Allgemeinheit, wodurch selbst ein längeres Hinausschieben eines effektiven Reinertrags nicht besonders kritisch werden soll.

Für den städtischen Stellwagenbetrieb ist unter Berücksichtigung der genehmigten Einschränkung desselben ein Zuschuß von 749.000 K (-40.000 K) veranschlagt.

Die Ausgaben für das unbewegliche Vermögen beziffern sich auf 2.930.000 K, um 130.000 K höher als im Vorjahre; die nutzbareren Rechte ungefähr wie im Vorjahre mit 1.4 Mill. K.

In der Gruppe IV. (Gemeindeschuld) sind die Einnahmen mit 17.6 Mill. K gegen 19.1 Mill. im Vorjahre veranschlagt. Es haben sich nämlich einerseits die Kontokorrentzinsen des Anleihe, vom J. 1902 infolge der Verminderung der Anleihebestände um 770.000 K, auf 650.000 K, die Beiträge der städtischen Werke zu den Anleiheannuitäten durch Wegfall der Bausinsen der II. Hochquellenleitung um 2.83 Mill. K auf 6.1 Mill. K vermindert, dagegen sind die Zinsen der Bestände des Anleihe

vom Jahre 1908 infolge der weiteren Anleihebegebung vom Jahre 1910 um weitere 1.225 Mill. K auf 2.125 Mill. K und die Beiträge der Unternehmungen zu den Annuitäten dieses Anleihe um 1.000.000 K auf 4.9 Mill. K gestiegen. Die Annuitäten des Gasanleihe mit 2.5 Mill. K und des Elektrizitätsanleihe mit 1.256.000 K wurden wie bisher zur Gänze von den Gas- und Elektrizitätswerken bestritten. Bei der Berechnung der Fraktifikationszinsen ist der erhöhte Bankzinsfuß berücksichtigt.

Die Ausgaben für die Kommunalanlagen sind mit 33.137.000 K, um 2 Mill. höher als im Vorjahre angesetzt, mit Rücksicht auf seither erfolgte Begebung eines weiteren Anleihebetrages von 50 Mill. K. Die Ausgaben für die Donau Regulierungsanleihe mit 1.366.000 K, für das Verkehrsanlagen-Anleihe mit 2.346.000 K sind in der vorjährigen Höhe veranschlagt, die Ausgaben für Privatpassiv-Kapitalien mit 1.626.000 K, um 180.000 K höher mit Rücksicht auf die aufgekauften Realitätenhaftenden und 1911 zurückzahlbaren Satzposten.

Die Gruppe V. (Sicherheitswesen) zeigt Einnahmen von 161.000 K (+20.000 K gegen das Vorjahr), was <sup>da</sup> durch bewirkt wird, daß die Verpflichtung der Theater zur Tragung der Kosten des Theaterwachdienstes besteht; Die Ausgaben sind mit 3.232.000 K

(um 50.000 K mehr infolge Erhöhung des Beitrages an den städtischen Lokalpolizeifond, und höhere Erfordernisse für Einrichtungen der Feuerwehr, als Anschaffung einer Schiebleiter, 2. Rate für die Verbesserung der Bremsen an automobilen Löschgeräten, Anschaffung eines Kohlensäure-Löschwagens mit Drehleiter und Mistwagen) präliminiert.

In der Gruppe VI. (Öffentliche Arbeiten) beziffern sich die Einnahmen aus dem Straßenwesen mit 5.38 ~~Mill.~~ Mill. K, um 550.000 K höher als im Vorjahre, wovon 50.000 K auf die Erhöhung des Straßenbeitrages der städtischen Elektrizitätswerke, 100.000 K auf den Erlös in die Verbauung einbezogener Straßenteile und 300.000 K auf die (durchgeführten) Einnahmen aus dem städtischen Fuhrwerksbetriebe entfallen; die letztere Erhöhung beruht ~~teil~~ teils auf der Erhöhung der der Bewertung zu Grunde gelegten Kontrahenten, teils auf einer Änderung in der Verrechnung, indem die Kosten der Beborstung der Kehrmaschinen (130.000 K) nunmehr dem Fuhrwerksbetriebe zu Gute gerechnet werden. Die geringen Einnahmen für Brücken und Wasserbauten, für Gartenanlagen und öffentliche Beleuchtung weichen von den vorjährigen Ansätzen nur wenig ab.

Die Einnahmen aus der ersten und zweiten Hochquellenleitung, die im Vorjahre getrennt verrechnet waren, (mit 7.667.000 K und mit 25.000 K), sind vorläufig auf der bisherigen Grundlage jedoch ~~mit~~ nunmehr vereint mit 8.184.000 K veranschlagt; die Einnahmen aus der Wientalwasserleitung mit 636.000 K, um 80.000 K geringer als im Vorjahre, da für öffentliche Zwecke soviel als möglich die Verwendung von Hochquellenwasser statt des bisher gebrauchten Wientalwassers geplant ist.

Die Einnahmen aus der Kanalisierung sind mit 1.540.000 K, um 55.000 K höher als im Vorjahre angesetzt, wovon etwa je die Hälfte auf die Kanaleinsparungsgebühren entfallen. Die Mehreinnahme ist hauptsächlich durch die regere Bautätigkeit begründet.

Die Ausgaben für das Straßenwesen mit 16.740.000 K sind um 290.000 K höher als im Vorjahre; einerseits konnten nämlich die Kosten der kurrenten Pflastererhaltung um 300.000 K geringer angenommen werden, da es sich im Interesse der vereinigten Verrechnung empfiehlt, die Kosten der Pflastererhaltung in den Gleisströgen durch die Straßenbahn tragen zu lassen. Andererseits wurden für Grundeinlösungen um 90.000 K, für Feermakadem um 90.000 K, für Fuhrwerkskosten um 50.000 K, für die Beborstung der Kehrmaschinen 130.000 K, für Löhne um rund 230.000 K mehr eingestellt.

Die ordentlichen Ausgaben für Wasserbauten und Brücken mit 350.000 K sind hauptsächlich mit Rücksicht auf große Brückenreparaturen um 50.000 K höher veranschlagt, die Ausgaben für Gartenanlagen mit 1.350.000 K infolge von Gehalts- und Lehre-

gulierungen und Mehrausgaben für die <sup>in</sup> Obsorge der Bezirksvorsteher stehenden Anlagen um 90.000 K höher als im Vorjahre; die Ausgaben für die öffentliche Beleuchtung (ausschließlich <sup>inneren</sup> der in den neueren Bezirken von den städtischen Gaswerken unentgeltlich besorgten Beleuchtung) mit 1.6 Mill. K (davon 960.000 K für Gas und 671.000 für elektrische Beleuchtung), um 80.000 K höher; für Feuerstell <sup>an</sup> öffentlicher Beleuchtung wurde mit Rücksicht auf die bereits erreichte Höhe der Ausgaben für elektrische Beleuchtung kein Betrag eingesetzt. Wegen teilweiser Herabsetzung der Brenndauer der Bogenlampen sind Verhandlungen im Zug. Die Auslagen für den Betrieb der Wasserleitungen betragen 1.950.000 K gegen 1.8 Mill. K im Vorjahre, was durch die II. Hochquellenleitung begründet ist; endlich die Ausgabe für die Kanalisierung, ungefähr wie im Vorjahre mit 3.232.000 K.

In der Gruppe VII. (Marktwesen) sind die Einnahmen von den Märkten mit 2.98 Mill. K veranschlagt, um 250.000 K geringer als im Vorjahre, hauptsächlich mit Rücksicht auf die durch die billigeren Futterpreise zu erwartenden Mindereinnahmen aus dem Fourragesgeschäft. Die Einnahmen aus den Markthallen mit 400.000 K sind mit Rücksicht auf die Entwicklung der Großmarkthalle um 30.000 K höher; die Einnahmen aus den Schlachthäusern mit 1.050.000 K ebenfalls um 30.000 K höher; die Einnahmen aus dem Lagerhaus mit 750.000 K, um 55.000 K höher, die Einnahmen der Uebernahmsstelle mit 52.000 K, um 14.000 K höher als im Vorjahre. Ähnliche Abweichungen vom Vorjahre sind bei den Ausgaben für Marktwesen zu verzeichnen. Die Ausgaben für die Märkte sind mit 2.73 Mill. K, mit Rücksicht auf die billigeren Futterpreise für das Fourragesgeschäft um 270.000 K geringer veranschlagt; die Ausgaben für die Markthallen mit 300.000 K und für die Schlachthäuser mit 630.000 K, ungefähr wie im Vorjahre; die Ausgaben für das Lagerhaus mit 707.000 K, um 40.000 K mehr (durch höhere Auslagen für Löhne, Manipulationen und die Lagerhausbahn), die für die Uebernahmsstelle mit 58.000 um 3.000 K höher als im Vorjahre.

In der Gruppe VIII. (Sanitätswesen) sind die Einnahmen des Sanitätsdienstes im Allgemeinen mit 121.000 K nur wenig höher als die vorjährigen; die Einnahmen aus Wasenmeisterei mit 13.000 K sind gleich geblieben. Gestiegen sind die Einnahmen aus der Leichenbestattung und Gräberausbesserung mit 2.690.000 K, um 90.000 K, und die Einnahmen aus den Badeanstalten mit 770.000 K um 50.000 K höher; davon entfallen auf die Volksbäder gegen 20.000 K, auf das Theresienbad 10.000 K, auf durchgeführte Werke (Badekarten) des Gänshüfels 20.000 K. Sehr ungünstig sind die Verhältnisse des Donaubaades bei der Kronprinz Radolfbrücke, die voraussichtlich durch das neue Stroabaad bei der Franz-Josefbrücke eine weitere Verschlechterung erfahren dürften, wodurch

die Ausstattung desselben insbesondere mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Betriebskosten und Erhaltungskosten kaum mehr zu empfehlen sein wird. Erwähnt muß auch werden, daß in diesem Bade Bürgerchüler des Zentralvereines der Knabenhorte unentgeltlich Schwimmunterricht erhalten, und außerdem dem genannten Vereine 10.000 Freikarten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Beim Strandbad Gänsehäufel werden für Schulkinder ~~100.000~~ 100.000 Freikarten zur Verfügung gestellt. Die Ausgaben für den Sanitätsdienst sind um 30.000 K höher mit 1.2 Mill. veranschlagt; für die Leichenbestattung und Gräberaus schmückung mit 1.650.000 K um 50.000 K höher; für Bäder mit 900.000 K ebenfalls um 100.000 K höher, was hauptsächlich durch die Vergrößerung und die Annahme einer größeren Frequenz des Gänsehäufels hervorgerufen wird. Dem Antrage auf weitere bedeutende Vergrößerung des Gänsehäufels konnte mit Rücksicht auf die im Vorjahre angeführten Gründe und mit Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage nicht voll entsprechen werden; ebenso mußte der Anbau eines Sonnen-, Sand- und Strandbades beim Bassin im XI. Bezirke beim Strombad Brigittenau-Floridsdorf verschoben werden; Neubauten konnten für den X. und XVII. Bezirk trotz der anerkannten Wichtigkeit für den betreffenden Bezirk mit Rücksicht auf die großen Beträge, die für die Jahre 1911 und 1912 vorzusehen gewesen wären, ebenfalls nicht eingestellt werden. Die Ausgaben für sonstige sanitäre Einrichtungen (Notspitäler, Spülanlagen, Anstandsorte etc.) sind mit 369.000 K nahezu gleichgeblieben. In der Gruppe IX. (Armenwesen) sind die Einnahmen der Armenpflege mit 7.435.000 K um 1.35 Mill. K höher hauptsächlich infolge der Erhöhung der Verlassenschaftsgebühren zum Versorgungsfond. Die Ausgaben für die Armenpflege mit 18.450.000 K mußten um 1.6 Mill. K höher veranschlagt werden als im Vorjahre, und gibt dies eine Netto-Ausgabe von 11.7 Mill. K. Die Ausgaben für sonstige humanitäre Zwecke (Subventionen) mit 740.000 K sind um rund 30.000 K höher veranschlagt, was hauptsächlich durch die Verabfolgung von Bade- und Schwimmlektionen-Karten an Schulkinder begründet wird. <sup>Überschüssen der</sup> Bezüglich des Anteiles der Gemeinde Wien an den kumulativen Waisenkassen mit 280.000 K, welche nach den hierüber geltenden Bestimmungen mit dem Jahre 1910 abfließt, sind die nötigen Schritte wegen Verlängerung der Ueberweisung bereits eingeleitet, und es wird aller Voraussicht nach ein diesbezügliches Gesetz noch heuer zu stande kommen. Die Gruppe X. (Cultuswesen) mit ihren geringen Einnahmen (2490 K) und Ausgaben in der Höhe von 72.000 K die den vorigjährigen nahezu gleichgeblieben sind, enthalten auch den Beitrag von 10.000 K für die St. Annakapelle in Dornbach. In der Gruppe XI. (Unterrichtswesen) sind die Einnahmen mit

243.000 K den vorjährigen fast gleich geblieben. Die Ausgaben sind nur für die Mittelschulen mit 306.000 K und für das Pädagogium mit 133.000 K ziemlich unverändert, dagegen sind die Ausgaben für die Volks- und Bürgerschulen mit 29.520.000 K also um 4.3 Mill. K höher veranschlagt; hiervon entfallen auf sachliche Erfordernisse 6.4 Mill. K, (+400.000 K), auf persönliche Bezüge 23.2 Mill. K (+3.9 Mill. K), einschließlich des Zuschusses zur Wiener Lehrpensionskasse im Betrage von 1.060.000 K, wozu noch der Betrag von 4.900.000 K für Schulbauten kommt. Das Erfordernis für die Gewerbeschulen mit 503.000 K ist um 40.000 K, das Erfordernis für sonstige Bildungs- und Unterrichtszwecke mit 640.000 K, und 90.000 K gestiegen, von welcher letzteren Beträge 50.000 K auf Kindergärten und Jugendspielfläche, 40.000 K auf die bisher nicht besonders veranschlagten Kosten der Beheizung und Beleuchtung der den städtischen Knabenhorten zur Verfügung gestellten Schulräume <sup>aufzuführen</sup>. In der Gruppe XII. (Konstriptions- und Militärangelegenheiten) sind die Einnahmen mit 378.000 K den vorjährigen ungefähr gleich geblieben. Die Ausgaben mit ungefähr 965.000 K sind infolge höherer <sup>Be</sup>standes- und Militärbevierungsanslagen um 40.000 K gestiegen. Für die Gruppe ~~XXXI~~ XIII. (Verschiedenes) sind die Einnahmen mit 75.000 K und die Auslagen mit 367.000 K angesetzt, wovon für das Arbeits- und Dienstvermittlungswesen der Stadt Wien 201.000 K (+ 13.000 gegen das Vorjahr) entfallen. Während also in der ordentlichen Gebahrung im Vorjahre die Einnahmen mit 148.5 Mill. K und die Ausgaben mit 140.-Mill. K, der Einnahmeüberschuß ~~1/10~~ der ordentlichen Gebahrung mit 8.5 Mill. K veranschlagt war, sind für 1911 die Einnahmen ~~1/10~~ zwar mit 154.7 Mill. K, aber auch die Ausgaben mit 149.3 Mill. K, der Einnahmeüberschuß daher nur mit 5.4 Mill. K veranschlagt. Von den außerordentlichen Ausgaben im Gesamtbetrage von 70.76 Mill. K sind rund 8.15 Mill. K aus den eigenen Geldern der Gemeinde, 57.45 Mill. K aus Anlehensgeldern und 5,16 Mill. K aus den Abschreibungsreserven der Gas- und der Elektrizitätswerke zu bestreiten. Von den außerordentlichen Ausgaben auf Rechnung der eigenen Gelder der Gemeinde entfallen auf Herstellungen in neuen Rathäusern 103.000 K, auf Grunderwerbungen für Vermögenszwecke K 412.000, auf Schulbauten 4.900.000 K, Kindergartenbauten 242.000 K, andere kleinere Hochbauten (Adaptierungen) 100.000 K, auf den Beitrag zum Defizit der Stadtbahn 75.000 K, auf Ausgaben für Sicherungsarbeiten am Exelberge etc 10.000 K, für Aufmauerung von Stadtbahnmauern laut Uebereinkommen mit der Kommission für Verkehrsanlagen aus dem einmaligen Pauschalbeitrag von ~~250.000~~ 250.000 K, von denen noch 181.000 K vorhanden sind, K 100.000, für die Wienflußregulierung ebenfalls laut Uebereinkommen

men von den vorhandenen 71.265 K 10.000 K, für Brücken und Stege (Umbau der hölzernen Brücke über die Verbindungsbahn im III. Bezirke, Rekonstruktion des Gaswerksteges zu einem Uebergange, Restzahlung, Mürrwahrbrücke, Umbau der Philadelphia-Brücke und Bau eines Gehsteges in der Rampengasse, Teilbetrag von 46.000 K, etc.) zusammen 130.000 K, für mehrere neue Gartenanlagen, darunter Ausgestaltung des Margarethengürtels im V. und XII. Bezirke mit 69.000 K, und Restzahlungen für in den Vorjahren fertiggestellte Anlagen und Baumpflanzungen in sämtlichen Bezirken (40.000 K) zusammen K 225.170, <sup>auf</sup> Elektrische Beleuchtungsanlagen (bauliche Herstellungen) für in den Vorjahren genehmigte Ausführungen bzw. Restzahlungen für fertiggestellte zusammen 139.000 K. Entschädigung an Wasserinteressenten für die Wasserrohrleitung im Jahre 1910 laut des vom Gemeinderate vom 11. I. 1907 genehmigten ~~1/10~~ Vergleiches mit den Interessenten 100.000 K. Für die Regulierung des Marktes am Hagenplatze im X. Bezirke 40.000 K, für die Errichtung einer Krankentransportanstalt im XIV. Bezirke (1. Baurate) 80.000 K, Erweiterung des Meißlinger, Baumgartner und Hernaleser Friedhofes, sowie Restzahlungen und kleinere Grunderwerbungen für einige andere Friedhoferweiterungen 268.000 K, für einige Bäder (~~1/10~~ Hermannsgasse, Wiesengasse, Theresienbad und Stadlau 129.000 K, Gänsehäufel 50.000 K. Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren zutage getretenen ungünstigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Obdachlosefürsorge wurde für einen Zubau im städtischen Asyl- und Werkhaus (Kosten 400.000 K) ein Betrag von 300.000 K vorgesehen. Die Gemeinde ist stets bestrebt, die Errichtung von Mittelschulen zu fördern und wird zu diesem Behufe auch für 1911 ein Betrag von 75.000 K als Beitrag für zwei Mittelschulen (XIII. und XVI. Bezirk) eingest. Die Gemeinde hat sich auch bereits verpflichtet, für zwei Staatsgewerbeschulen, wovon eine in einem westlichen Bezirke und eine im XVI. Bezirke zu erbauen ist, Beitragsleistungen zu gewähren. Es muß hier gesagt werden, daß sich die staatlichen Schulbehörden in Bezug auf obige Schulen der Gemeinde Wien gegenüber sehr wenig entgegenkommend gezeigt haben, was mit Rücksicht auf die allgemeine Stellung und die Steuerleistung der Gemeinde Wien tief bedauert werden muß und in Zukunft nicht so ruhig hingenommen werden darf. Am 1. Jänner 1911 findet in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 29. März 1869 eine Volkszählung statt; die Auslagen für diese betragen 324.000 K. Für die Errichtung von Denkmälern, Gedenktafeln anlässlich der Friedenshuldigung, Auslagen für Feierlichkeiten des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers, Restzahlungen für die Jagdausstellung und Beitrag für die

künstlerische und architektonische Ausgestaltung der Jubiläumskirche im II. Bezirke aus 330.000 K und als Reserve für Unvorhergesehenes 1.000.000 K. Aus den Abschreibungsreserven wurden veranschlagt für den Bau der Gaswerke 2.2 Mill. Kronen und den Bau der Elektrizitätswerke 2.960.000 K. Der Gaswerksbau in Leopoldau schreitet normal vor und wird der Betrieb (wenn nicht unvorhergesehene außerordentliche Hindernisse eintreten), rechtzeitig stattfinden können, so daß mit 1. Jänner 1912 - mit kleinen Ausnahmen - nur städtisches Gas abgegeben wird. Aus den Anlehensgeldern sollen verwendet werden: auf Investitionender Steinbrüche 70.000 K, Amtshausbauten (V. VII. VIII. X. XII. XIII. und XIX. Bez.) teils Erweiterungen, teils Restzahlungen, II. Bauraten und I. Bauraten, zusammen 1.110.000 K. Für den Amtshausbau im I. Bezirke, der 1.9 Mill. K kosten soll, konnte dormalen noch nicht vorgesehen werden. Für die am Kobenzl durchzuführenden Bauten samt Einrichtung, Wiederbepflanzung der Grundflächen längs der Serpentinstraße am Kobenzl ist ein Betrag von 542.000 K vorgesehen. Erläuterungen über diese Angelegenheit erscheinen mir überflüssig, da wir erst vor einigen Wochen eine eingehende Behandlung im Gemeinderate hatten. Es wäre nur zu wünschen, daß am 1. Mai 1911 tatsächlich die Vermietung bzw. Verpachtung durchgeführt sei, damit endlich normale Verhältnisse eintreten. Für Erwerbungen von Gründen für den Wald- und Wiesengürtel wurden 300.000 K eingesetzt. Die für Schlachthauszwecke, Erbauung eines Versorgungshauses und für sonstige Gemeindefürsorge in Aspern angekauften Gründe (Gesamtpreis 406.000 K) berühtigen als Teilzahlung 208.440 K. Auf Investitionen der Gaswerke werden benötigt 12.930.000 K, der Straßenbahnen 14 Mill. K, des Brauhauses 457.000 K, für Investitionen der Stellwagenunternehmung (bisher verwendet K 8.051.410 Nom.) für 1911---35.000 K. für Feuerwehrrbauten (V. VII. X. XII. Bez.) teils als Restzahlung, teils als erste Baurate aus 135.000 K; für Investitionen bei der städtischen Straßenüberführung ist ein Betrag von 767.000 K notwendig, der sich hauptsächlich aus folgenden Ausgabenpostern ergibt: Kaufschillingrest für die Realität in der Salzachstraße im XI. Bezirke K 300.000, für Adaptierungen in dieser Realität 30.000 K, für die Errichtung eines ~~1/10~~ Kehrlichtverbrennungsanstalt sowie Einführung eines neuen Kehrlichtsammlersystems als I. Baurate 200.000 K, für die Erweiterung des Betriebes ebenfalls 200.000 K, für einen Stallzubau im XVI. Bezirke 30.000 K. <sup>Die</sup> Erwerbung von Realitäten und Gründen zur Straßenregulierung macht sich in den letzteren Jahren hauptsächlich dadurch sehr empfindlich fühlbar, weil im I. Bezirke eine größere Anzahl von alten Häusern verschwinden und durch Neubauten ersetzt

we rden, wodurch die Gemeinde ziemlich viel für Einläsungen zu entrichten hat; daher wird ein Betrag von 1.5 Mill. K vor-

gesehen. Für außerordentliche Pflasterungen sind 2.8 Mill. K eingesetzt, welcher Betrag sich auf alle Bezirke verteilt, insbesondere aber von den Bezirken III. VI. VIII. XII. XIII. XVI. XIX und XXI. stärker bekaatet wird.

Brückbauten und Unterfahrungen: Ferdinandsbrücke 300.000 K, Umbau der Aspernbrücke I Baurate 300.000 K, Unterfahrung der Südbahn in X. Bezirke, Beseitigung der Niveaureizung der Westbahn in XIII. Bezirke, Umbau der Nordbahnbrücke über die Aspernbrücke im XXI. Bezirke, ~~zusammen~~ zusammen 1.3 Mill. K; die Ferdinandsbrücke beansprucht ein Gesamterfordernis von K 2,013.000 K, von welchen bis Ende 1910 1.5 Mill. K zur Aus-

zahlung kommen dürften. Die Brücke ist soweit fertiggestellt, daß im Laufe der nächsten Wochen der eine Gehsteig zur Benützung gelangen kann und die Straßenbahn ebenfalls die Brücke wird passieren können. Dem vollen Verkehr wird die Brücke im Frühjahr 1911 übergeben werden können.

Bezüglich der Aspernbrücke werden noch Verhandlungen gepflogen werden, ob es nicht möglich wäre, den Umbau noch mindestens auf ein Jahr hinauszuschieben, damit sich die Auslagen für derartige große Investitionen etwas mehr verteilen.

Für Gartenanlagen und Jugendspielplätze wird ein Betrag von 550.000 K vorgesehen, aus welchem ein Restbetrag von 300.000 K für den Türkenschanspark und ein Betrag von 100.000 K für die Erbauung eines Pflanzenüberwinterungshauses zu decken sind.

Für die Herstellung von Rohrsträngen der Hochquellenleitung und Erneuerung der Rohrstränge der bestanden Kaiser Ferdinands-Wasserleitung sind 1.4 Mill. K, für den Bau der II. Hochquellenleitung 7,071.000 K eingesetzt; die bisherigen Auslagen bis Ende 1910 betragen rund 75 Mill. K.

Für Kanäle und Bacheinwühlungen mußte mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen in Aussicht genommenen Durchführungen für 1911 ein ziemlich hoher Betrag, zusammen 1.6 Mill. K eingesetzt werden.

Für Restzahlungen, Verbesserungen im Schlachthaus St. Marx und Projektverfassung für das Lagerhaus wurden 650.000 K eingestellt.

Herstellungen von Baulichkeiten im Zentralfriedhof (Bau der Friedhofskirche) als Restzahlung 350.000 K, Restzahlung für Wirtschaftsgebäude und die fällig werdende Hälfte des Kaufschillinge (1,337.500 K) für das Neugebäude ergeben zusammen 1.7 Mill. K. Aus den Anlehen von Jahre 1902 und 1908 sind für Friedhofszwecke 9.1 Mill. K bestimmt, davon bis Ende 1910 verwendet 5,854.000 K, so daß ein verfügbarer Betrag von 3,246.000

K vorhanden ist, aus welchem die für 1911 eingesetzten Kosten ihre Deckung finden.

Die Errichtung einer Avisostation für den städtischen Wasenmeister im X. Bezirk erfordert für Restzahlungen 30.000 K, für Adaptierungen in der thermo-chemischen Anstalt in Kaiser Ebersdorf ergebn sich solche von 20.000 K.

Für die Fertigstellung des bisher im Rohbau ausgeführten Be-lagpavillons II. in Lainz (Gesamterfordernis 391.470 K), sind 300.000 K, für Abwasser-Kläranlagen im Versorgungshaus in Liesing und in Mauerbach sowie als I. Baurate für ein Beamtenwohnhaus in St. Pelagio sind 98.000 K eingesetzt.

Der Bau des Jubiläumshospitals ist ziemlich weit vorgeschritten und ist für das Jahr 1911 ein Betrag von 6.5 Mill. K als 3. Baurate vorgesehen, der noch in den 10 Mill. K, die für das städtische Krankenhaus ~~im~~ im Anlehen von 1908 bestimmt sind, seine Deckung findet.

Die Gemeinde hat sich verpflichtet, für den Bau eines technischen Museums für Industrie und Gewerbe in Wien außer dem Grunde auch noch 1 Mill. Kronen in gleichen Jahresraten beizutragen, wovon die I. mit 250.000 K im Jahre 1911 fällig wird.

Von den aus Anlehensgeldern zu bestreitenden Investitionen entfällt auf das Anlehen von Jahre 1902 unter Berücksichtigung des für Rechnung dieses Anlehens veranschlagten Empfanges per 844.000 K ein Betrag von 8,321.400 K, auf das Anlehen von 1908 ein solcher von 47,844.550 K. Von dem ersteren Anlehen wird, wenn die für 1911 veranschlagten Ausgaben tatsächlich erfolgen, zu Ende 1911 noch ein Rest von 4,732.000 K, von letzteren noch ein Rest von 14.21 Mill. K verfügbar bleiben. Es ist jedoch nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht unwahrscheinlich daß die Ausgaben aus den Anlehensgeldern auch im Jahre 1911 weit hinter den Voranschlägen zurückbleiben werden. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Kassebestände zu Ende 1911 wahrscheinlich 5.5 Mill. K und der in Wertpapieren erliegende Reservefond der Gemeinde rund 5,450.000 K betragen wird.

Was die Voranschläge der unter der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fonds und Anstalten betrifft, so ist Folgendes zu bemerken: Die Wiener Lehrerpensionskasse erfordert bei einer voraussehtlichen Ausgabe von 2.8 Mill. K (Wirkung des neuen Gesetzes, da jetzt eine große Anzahl von Lehrpersonen in dem Ruhestand treten wird) einen Zuschuß aus Gemeindegeldern von mehr als 1 Mill. Kronen. Beim Bürgerspitalfond wird die Einnahme 2,071.000 K, die Ausgaben mit 2,061.000 Mill. K veranschlagt, woraus sich ein Ueberschuß von 10.000 K ergeben wird. Das Erfordernis für die Versorgung und Unterstützung armer Bürger beträgt für 1911 unter Zugrundelegung der mit Gemeinderatsbeschuß vom 21. Dezember 1909 bestimmten Anzahl und Höhe der Bürgerspitalfonds-Erhaltungsbeiträge --1,186.880 K

Beim Bürgerladfond werden die Einnahmen mit 72.000 K, die Ausgaben ~~mit~~ mit 70.500 K um 1700 K übersteigen. Für Erhaltungsbeiträge an 280 arme Bürger a monatlich 16 K sind 50.760 K vor-

gesehen. Beim allgemeinen Versorgungsfond werden die Einnahmen mit 5,125.000 K (+ 1,113.000 K infolge der Erhöhung der Verlassenschaftsgebühren), die Ausgaben für den fond mit 812.000 K, der an die eigenen Gelder der Gemeinde übergehende Ueberschuß mit 5.320.000 K (1910--4,191.020 K) veranschlagt.

Für das Kaiserin Elisabeth-Kinderspital in Bad Hall sind die Einnahmen mit 100.000 K, die Ausgaben mit 99.000 K angesetzt. Dem Präliminaransatz liegt die Annahme zugrunde, daß im Jahre 1911 gleich wie ~~1909~~ 1909 233 Kinder bei einer durchschnittlichen Verpflegsdauer von 60 Tagen pro Kind entsendet und die Verpflegskosten sich per Kopf und Tag auf 1.99 K wie im Jahre 1909 belaufen werden. Ueber die Betriebspräliminarien der städtischen Unternehmungen, die dem Hauptveranschlag als Anhang beigefügt sind, erlaube ich mir Folgendes auszuführen:

Dem Voranschlag der Gaswerke ist zu entnehmen, daß die Einnahmen für die gesamte Gasabgabe um rund 600.000 K höher sind als für 1910, wovon ein Betrag von ca 428.000 K auf die Abgabe des Automaten-gases entfällt. Als durchgeführter Wert für die öffentliche Beleuchtung ist ein Betrag von 960.000 K gegen 864.000 K angenommen. Als Grundlage für diese Einstellung dient ein Ausmaß von 8 Mill. m<sup>3</sup>, was einem Mehrbedarf von 800.000 m<sup>3</sup> (a 12h) gegen 1910 entspricht. Die Einnahmen für die beiden Gasereugung gewonnenen Nebenprodukte sind entsprechend größerer Gasproduktionsgestiegen. Die gesamten ordentlichen Einnahmen betragen 26,552.560 K.

Die Ausgaben für Bezüge und eigene Löhne sind im Verhältnisse zur größeren Erzeugung als normal steigend anzunehmen. Die Löhne für Arbeiter eines Kontrahenten für Kohlenzufuhr zum den Brechern sind von 96.000 K auf 25.000 K herabgesetzt und begründet sich dies durch die Einführung der automatischen Kohlenförderung. Die Betriebsauslagen für die Kohlenförderung sind mit 63.000 K vorgesehen. Die unentgeltliche Besorgung der öffentlichen Beleuchtung in den Bezirken I. - XI., XX. und teilweise XXI. betragen incl. Löhne für Laternenwärter, der Wachstuben, Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtungsanlagen etc. zusammen 1,671.550 K. Der effektive Betriebsfond beträgt 2.5 Mill. K; aus den Abschreibungsreserven wurden bis Ende 1910 für Investitionszwecke 6,360.000 K entnommen. Als Rabatt für Industrie und Automaten-gas wurden 215.000 K eingesetzt. Die Steuern betragen 1,681.000 K und sind um 100.000 K höher als 1910. Zur Bildung einer Abschreibungsreserve werden unter Berücksichtigung der Vermehrung der Anlage werte 2 Mill. K angenommen. Vom Gebahrungsüberschuß wurden die Tilgungsquo-

ten, diverse kleine Investitionen bestritten, der Beitrag zur Bildung einer Selbstversicherung dotiert, eine Reserve für allfällige Investitionen vorgesehen und ein Betrag von 4,152.810 K als Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien bestimmt.

Bei den städtischen Elektrizitätswerken ergibt sich eine Gesamteinnahme von 27,400.220 K gegen 25,820.550 K im Vorjahre (+ rund 1,580.000 K). Für Gehalte und Löhne werden 9,958.150 K (+ 665.000 K gegen das Vorjahr) vorgesehen, was hauptsächlich auf Lohnerhöhungen zurückzuführen ist. Als Abschreibung vom Anlagewert wird ein Betrag von 3,232.000 K angenommen; zur Bildung einer Pensionsreserve werden 304.500 K, als 3% ige Abgabe an Kabelzins werden 846.000 K (+ 52.000 K) vorgesehen. Die Gesamtausgaben ~~betragen~~ 20,055.520 K und erübrigt ein Gebahrungsüberschuß von 7,344.700 K, der in folgender Weise seine Verwendung findet: Bilanzremunerationen 70.000 K, Tilgung des Anlage und Betriebskapitals 139.700 K, Beitrag zur Bildung einer Selbstversicherungsreserve 65.000 K und Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien 7,050.000 K (+ 550.000 K gegen das Vorjahr). Den städtischen Elektrizitätswerken wurden bis Ende 1910 aus den Anlehen 1900, 1902, und 1908 und der Abschreibungsreserve Beträge von 100,639.610 K zur Verfügung gestellt, die bis auf einen Kreditrest von 720.000 K vorausgibt sind.

Inden Jahren 1907 und 1908 wurde die Anlagen der Wiener Elektrizitätsgesellschaft und der Internationalen E. G. angekauft, wodurch der Betrieb eine außerordentliche Erweiterung erfuhr. Trotz dieses Umstandes müssen noch immer größere Investitionen für Ergänzungsbauten und insbesondere für Verbesserungen der maschinellen Anlagen gemacht werden. Es besteht nämlich das richtige Bestehen, daß die Anlagen nach Möglichkeit mit allen modernen Einrichtungen, die für ein zweckentsprechenden und sparsamen Betrieb notwendig sind, versehen werden müssen.

Für das Jahr 1911 werden folgende Investitionen in Aussicht genommen: Weitere Ausgestaltung der Centralen in Simmering und in der Engerthstraße zusammen 1,410.000 K, Aufstellung eines Drehstrom-Gleichform-Umformers und Aufstellung einer Akkumulatoren batterie in den Unterstationen Rudolfsheim und Landstraße, Ausbau des Kabelnetzes, Neuanschaffung von Transformatoren, Anschaffung von Elektrizitätszählern samt einem Betrag für Unvorhergesehenes zusammen 3,730.000 K, wovon im Jahre 1911 ein Betrag von 2,240.000 K zur Auszahlung kommen soll. Berücksichtigt man, daß für die im Jahre 1910 ausgeführten Investitionen im Jahre 1911 ein Restbetrag von 720.000 K zudecken ist, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 2,960.000 K, der durch den Rest der Abschreibungsquote von 1909 per 911.222 K, und durch Heranziehung von 2,048.778 K aus der Abschreibungsreserve per 1910 Deckung findet.

Der Voranschlag der Straßenbahnen beziffert die Einnahmen mit

5

541.

47,133.000 K (+ 3.237 Mill.) die Ausgaben mit 43,869.000 K, (+ 2.211 Mill. K), den Ueberschuß mit 3,264.000 K (+ 1 Mill.) wovon 3 Mill. als Abfuhr an die eigenen Gelder zu leisten sind. Als Basis für den Betriebsvoranschlag wird eine Leistung von 88,109.000 Wagenkilometern im elektrischen Betriebe, eine solche von 827.100 Lokomotivnutzkilometern im Dampfbetrieb und eine solche von 232.490 Wagenkilometern im Autobusverkehr angenommen.

Es wird für den elektrischen Betrieb eine Gesamtbeförderung von Personen 289.880.000, d.h. eine Steigerung um 9.3% gegenüber der für das Jahr 1910 zu erwartenden Beförderungsziffer von 265 Mill. Personen und eine Steigerung von 5.85% gegenüber der für das Jahr 1910 veranschlagten Beförderung von 271,300.000 Personen erwartet. Die Zeitkarten zeigen eine ziemliche Steigerung ebenso zeigen die Rundfahrten eine stark steigende Frequenz (51.000 K gegen 24.000 K im Vorjahre). Für Investitionen wird ein Betrag von 12,283.400 K angesprochen u.z. für Ergänzungslinien 1,626.000 K, Umbau und Elektrifizierung der Dampfstraßenbahnlinien 909.500 K, Neue Wagen 4.48 Mill. K, Spezialwagen und sonstige Betriebsmittel 807.900 K, Hauptwerkstätte und Hauptplatz 100.000 K, für Hochbauten 3.16 Mill. K, und für Grunderwerb 1.2 Mill. K. Das Gelderfordernis aus dem Investitionsanlehen für das Jahr 1911 (Samt den Restzahlungen für die abgelaufenen Jahre) beträgt ca 14 Mill. K. Die Abfuhr an die eigenen Gelder betrug im Jahre 1909 bereits 2.7 Mill. K, und nur für das Jahr 1910 mußte mit Rücksicht auf den erwartenden und tatsächlich auch eingetroffenen Frequenzrückgang bei gleichzeitiger höheren Lohnzahlungen eine geringere Abfuhr vorgesehen werden. Es wird angenommen, daß im nächsten Jahre der Rückgang der Frequenz wiederbeingeht wird und demnach auch mindestens die normale Steigerung der Abfuhr gegenüber dem Jahre 1909 möglich sein wird. Empfohlen würde ich, noch, daß in Zukunft die Zuweisungen an den Erneuerungsfond in weit höherem Betrage bemessen werden als es bisher der Fall war, da es gerade bei der Straßenbahn mit Rücksicht auf die starke Abnutzung des Wagenparkes und der oft sehr kostspieligen Verbesserungen wünschenswert erscheint, geeignete Reserven zu besitzen.

Dem Voranschlage für das Brauhaus der Stadt Wien wurde eine Erzeugung von 225.000 Hektoliter zugrunde gelegt. Auch im Voranschlage für das Jahr 1910 wurde bereits in Berücksichtigung des durch die Beteiligung des städtischen Brauhauses an der Jagdausstellung zugewärtigenden Mehrbedarfes diese Produktionsziffer präliminiert. Da aber infolge der außerordentlich ungünstigen Witterung im heurigen Sommer der Bierkonsum im allgemeinen und insbesondere in der Jagdausstellung in bedeutendem Maße ungünstig beeinflusst wurde, so dürfte die tatsächliche Er-

zeugung im Jahre 1910 etwas unter der Veranschlagung zurückbleiben. Nachdem aber der Absatz im kurrenten Geschäfte doch fortwährend wenn auch mäßig steigt, so ist anzunehmen, das im Jahre 1911 die tatsächliche Erzeugung die Ziffer von 225.000 hl erreichen wird.

Das Sortenverhältnis der einzelnen Biergattungen wurde nach dem Ergebnisse des Jahres 1909 wie für 1910 veranschlagt: Abzugbier 57%, Wienerbräu 23%, Spezialbräu und Bürgerbräu je 10% der gesamten Erzeugung- bzw. Verkaufsziffer. Auf das bisherige Ergebnis des Jahres 1910 wurde bei der Veranschlagung des Sortenverhältnisse nicht Bedacht genommen, da im heurigen Jahre die Jagdausstellung einen außerordentlichen Differenzverschiebung zugunsten des Feinbieres verursachte.

Die Bilanzierung des Lastenposten per 1,544.400 K mit den Gewinnposten per 1,522.000 K ergibt einen Verlust per Saldo im Betrage von 22.400 K. Für den Ankauf und die Ausgestaltung des Brauhauses wurde aus dem Investitionsanlehen 1908 ein Betrag von 11.5 Mill. K bestimmt. Bis Ende 1909 wurden für die Erwerbung, Inbetriebsetzung sowie für Erweiterungsbauten und die Einrichtung des Brauhauses 6,646.199 K ausgegeben, wovon 1.5% auf den Betriebsfond entfallen. Im Jahre 1908 wurde ein Investitionsanlehen ab 1908 bis einschließlich 1912 mit dem Kostenerfordernis von 4,551,300 K (davon 12.500 K für Wallhofbauten) genehmigt. Bis Ende 1910 dürften aus dem beilligigen Anlehensbeitrags von 11.5 Mill. K 7,621.450 K verwendet werden, so daß Ende 1910 noch 3,878.550 K verbleiben. Für 1911 sind für diverse Investitionen und Betriebsfondzuschuß zusammen 470.000 K vorgesehen. Das in dem Unternehmen investierte Kapital ist bis auf weiteres kontokorrentmäßig mit 4% zu verzinsen. Die pro 1911 entfallenden Zinsen von 320.000 K sind im Voranschlage des Brauhauses in Ausgabe und im Hauptvoranschlage der Gemeinde in Einnahme gestellt. Schließlich drängt es mich noch dem Wunsche Ausdruck zu geben daß die Bewilligung den guten Zweck des städtischen Brauhauses sowie den Wert einer ehesten günstigen Geschäftsgebarung voll und ganz erkennen und dementsprechend bemüht sein möge, das Unternehmen noch in weit höherem Maße zu fördern als es bisher der Fall war.

Der Voranschlag der Leichenbestattung beziffert die Einnahmen mit 1,375.000 K (+ 500.000 K), die Ausgaben mit 1,228.000 K (+ 82.000 K) den Ueberschuß mit 147.000 K (+ 76.000 K), wovon an die eigenen Gelder der Gemeinde 84.000 K abzuführen sein werden. Das ungünstige Ergebnis ist auf die Steigerung der ohne, Geahnte, Stall und allgemeinen Unkosten (+ 75.000 K) und Herabsetzung des Preises der zwei untersten Tarifklassen zurückzuführen.

Der Voranschlag der Stellwagenunternehmung weist bei Einnahmen von 1,724.000 K (+ 77.000 K) und Ausgaben von 2,473.000 K (- 118.000 K) einen von der Gemeinde zu deckenden Abgang von

Ich beahtrage somit, der Gemeinderat wolle beschließen: Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien und die Voranschläge der unter Verwaltung der Gemeinde stehenden Unternehmungen Anstalten und Fonds werden nach dem vorliegenden Entwurfe für das Jahr 1911 mit den vom Stadtrate vorgenommenen Änderungen genehmigt. Zur Deckung des Erfordernisses werden die städtischen Steuern und Umlagen in der bisherigen Höhe einzuheben sein.

749.000 K (- 41.000 K) aus. Ich glaube ich, meine sehrgeehrten Herren, daß sie aus meinen Erläuterungen entnehmen haben werden, daß das vom mir stark betonte Wort „sparen“ keine leere Phrase ist, sondern volle Berücksichtigung verdient, denn nur dann, wenn demselben voll Rechnung getragen wird, ist es möglich, über die unglünstige Zeit glatt hinweg zu kommen.